

## Einleitung: Indochina im Französischen Kolonialreich, 1940–1950

---

Am 14. Februar 1949 erklärte der französische Procureur général am Haute Cour de Justice in Paris das Gerichtsverfahren gegen den ehemaligen Generalgouverneur von Französisch-Indochina, Jean Decoux, für beendet, ohne dass ein Urteil ausgesprochen wurde. Der Procureur général argumentierte, es gäbe keinen Grund, eine Anklage gegen Decoux weiter zu verfolgen, da keine Handlung von strafrechtlicher Bedeutung vorläge.<sup>1</sup> Mit diesem Akt wurde in der gerichtlichen Aufarbeitung der Zeit des Zweiten Weltkriegs im Fall der Kolonie Französisch-Indochina mit ihrem Vichy-loyalen Generalgouverneur ein außergewöhnlicher Weg eingeschlagen. Die Aufarbeitung der Kooperationsaktivitäten der Vichy-Regierung mit den Achsenmächten, welche auch die französischen Kolonien umfasste, beschäftigte in den Nachkriegsjahren die französische Justiz intensiv.<sup>2</sup> Die durch die Vichy-Regierung eingesetzten Gouverneure, Kommissare und Residenten der französischen Kolonialgebiete wurden einer nach dem anderen zu hohen Strafen verurteilt. Henri Dentz, Hochkommissar der Levante, erhielt im April 1945 eine Verurteilung zum Tode, die kurz darauf in lebenslange Haft umgewandelt wurde.<sup>3</sup> Pierre Nouailhetas, Gouverneur von Französisch-Somaliland (Dschibuti), wurde im Mai 1949 in absentia zum Tode verurteilt.<sup>4</sup> Der ehemalige Generalresident von Tunesien, Jean-Pierre

---

1 Vgl. Le Procureur général: Réquisitoire définitif. H. Nr. 55, Paris 14.02.1949, AN, Réquisitoire définitif Decoux, Signatur: 3W/149, S. 58f.

2 Während die Forschung zunehmend den Fokus auf das französische Kolonialreich unter der Vichy-Regierung richtet, gibt es nur sehr wenige wissenschaftliche Untersuchungen zur Nachkriegsaufarbeitung der Vichy-loyalen Kolonialregierungen sowohl Indochinas wie auch weiterer französischer Kolonien. Es existieren bislang lediglich Untersuchungen zu den gerichtlichen Urteilen durch Beamte der France-libre gegen Vichy-Beamte in nordafrikanischen Kolonien, vor allem der Gerichtsfall gegen Pierre Pucheu, vgl. das Kapitel »Répétition général en Afrique du Nord«, in: Novick 1985, S. 85–111. Zudem wurden einzelne der Gerichtsfälle gegen Kolonialbeamte in der Forschung untersucht, vgl. Maudhuy 2009.

3 Vgl. Maudhuy 2009, S. 137.

4 Vgl. Le Monde: »Condamné à mort par contumace en 1949 l'ex-gouverneur des colonies Nouailhetas est acquitté par le tribunal militaire de Paris«, in: *Le Monde*, 20.07.1953. Online: <<https://www.lemonde.fr/archives/article/1953/07/20/condamne-a-mort-par-contumace-en-1949-l-ex-gouvern>

Esteva, erhielt im März 1945 eine lebenslange Haftstrafe.<sup>5</sup> In mehreren Urteilen wurden Pierre Boisson, Hochkommissar von Französisch-Westafrika, seine militärischen Würden aberkannt, bevor er noch vor seinem im Jahre 1948 vorgesehenen Gerichtsprozess verstarb.<sup>6</sup> Armand Annet, Generalgouverneur von Madagaskar, erhielt im März 1947 das Urteil der *Dégradation nationale* auf Lebenszeit.<sup>7</sup>

Die Gerichtsfälle zur Kolonie Französisch-Indochina endeten dagegen gänzlich anders. Nicht alleine der Fall des Generalgouverneurs Jean Decoux, sondern auch die übrigen Verfahren, in denen es um das politische, gesellschaftliche und militärische Wirken höherer Beamter<sup>8</sup> der Regierung von Decoux während des Zweiten Weltkriegs ging, wurden von den Gerichten, welche sich mit der gerichtlichen Aufarbeitung der Vorgänge in den Kriegsjahren in Indochina befassten, bereits in der Voruntersuchung geschlossen.<sup>9</sup> Die gerichtliche Aufarbeitung des kolonialen Indochina während der Epoche des Zweiten Weltkriegs ist entsprechend geprägt von einem Paradox. Einerseits wird das Indochina der Kriegszeit in der Forschung vor allem wegen der Verfolgung von Gaullisten unter der Regierung Decoux als eine der repressivsten aller französischen Kolonien bezeichnet.<sup>10</sup> Andererseits kamen in der Nachkriegszeit die Gerichte in Bezug auf die Regierungszeit von Decoux zu einem gänzlich entgegengesetzten Urteil, was sich in der Beilegung der Gerichtsverfahren ohne Verurteilungen widerspiegelte. Die vorliegende Arbeit geht diesem Paradox anhand der Gerichtsunterlagen und beigefügten Dokumente nach und untersucht die Geschichte der Verbreitung der Vichy-Ideologie in Indochina während des Krieges sowie deren Aufarbeitung in der Nachkriegszeit. Dadurch soll die durch Vichy global verfolgte Politik mit ihren lokalen Konsequenzen in Indochina genauso in den Fokus gerückt werden wie ihre gerichtliche Bewertung und Beurteilung im Paris der Nachkriegszeit.<sup>11</sup>

Eine zentrale Rolle in dieser Untersuchung der Politik von Vichy innerhalb des französischen Kolonialreichs nimmt die Frage der Interpretation von Staatsbürgerschaft und des damit verbundenen Verständnisses der Rechte und Pflichten französischer Bürger<sup>12</sup> im kolonialen Kontext ein. Diese Arbeit fokussiert entsprechend auf diejenigen politischen Maßnahmen, die durch die Kolonialregierung Indochinas festgelegt und

---

eur-des-colonies-nouaillhetas-est-acquitta-par-le-tribunal-militaire-de-paris\_1975493\_1819218.html>, Stand: 08.02.2023.

5 Vgl. Maudhuy 2009, S 105.

6 Vgl. Hitchcock 2001, S. 305f.

7 Vgl. Roche 2011, S. 243.

8 Der Begriff »Beamte« bezeichnet in dieser Arbeit Personen, die in einem Anstellungsverhältnis zum Staat standen.

9 Diese Forschungsarbeit konzentriert sich dabei auf die Fälle, welche durch den Cour de Justice de l'Indochine sowie durch den Haute Cour de Justice (Fall Jean Decoux) behandelt wurden. Für eine Übersicht der Quellen zum Cour de Justice de l'Indochine vgl. Bernard et al. 2014. Für die Quellenübersicht zum Haute Cour de Justice vgl. Chabord 1983.

10 Vgl. Logevall 2012, S. 66.

11 Es existieren einige allgemeine historische Untersuchungen zum französischen Kolonialreich unter der politischen Kontrolle von Vichy. Vgl. Thomas 1998; Jennings 2001; Cantier 2004.

12 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird innerhalb dieser Arbeit auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers verzichtet. Jedoch gelten sämtliche Personenbezeichnungen gleichermaßen für alle Geschlechter.

angewendet wurden, um die Rechte und vor allem die Pflichten ihrer französischen Bürger einzufordern, um dadurch zu einer inneren Stabilisierung der Kolonie und ihrer Regierung in Kriegszeiten beizutragen. Diese lokale Kolonialpolitik war wiederum inspiriert und beeinflusst durch die politische Ideologie aus der Metropole (Vichy-Frankreich).<sup>13</sup> Anhand der mit der Frage der Staatsbürgerschaft verbundenen gesellschaftlichen Hierarchisierung, vor allem innerhalb des Kolonialgebiets, kann eine Reihe von Interaktionen der Kolonialregierung Decoux' mit den französischen Bürgern Indochinas nachverfolgt werden. Daher fokussiert diese Arbeit auf die Maßnahmen, welche die Regierung Indochinas in den Jahren von 1940 bis 1945 angewendet hat, um die neuen Vorstellungen der Rechte und Pflichten französischer Bürger innerhalb der Gesellschaft Indochinas zu verbreiten. So wurde auf der einen Seite repressiv gegen Kritiker und Oppositionelle vorgegangen, auf der anderen Seite erwuchsen den französischen Bürgern in Indochina aber durch die koloniale Situation inmitten des Pazifikkriegs auch Privilegien. Im Mittelpunkt stehen also die Frage nach der Interaktion zwischen dem Individuum und der Gesellschaft im kolonialen Raum sowie die Versuche, diese Wechselbeziehungen zu definieren und zu regulieren. Diese Handlungen und Aktionen, so die Hauptthese dieser Dissertation, geben Aufschluss über das zu Beginn erwähnte Paradox der gerichtlichen Freisprüche. In diesem Kontext ist die Arbeit des Cour de Justice de l'Indochine, welcher in den Jahren von 1946 bis 1950 über die Rolle der Regierung und der Bürger Indochinas im Zweiten Weltkrieg urteilte, von zentraler Bedeutung. Die Geschworenen dieses Gerichtes hatten das Recht erhalten, als mögliches Urteil die Indignité nationale auszusprechen, welche als Konsequenz daraus mit der Dégradation nationale bestraft wurde. Die Dégradation nationale sah den Verlust der Bürgerrechte auf Zeit vor.<sup>14</sup> Somit urteilten die Geschworenen nicht nur über die Würdigkeit eines Angeklagten aus nationaler Sicht, sondern sie konnten ihm auch die Rechte, welche ihm durch seine Staatsbürgerschaft erwachsen, aberkennen. Die Tatsache, dass dieses Tribunal eine solch spezifische Macht erhalten hatte, führt dazu, dass die Untersuchung dieser gerichtlichen Dokumentationen für die Fragestellung so relevant ist.

Das Interesse dieser Dissertation liegt entsprechend in der Debatte, geführt während und nach dem Zweiten Weltkrieg, was es – etwas plakativ ausgedrückt – bedeutete, in Französisch-Indochina und darüber hinaus im globalen französischen Kolonialreich ein Franzose zu sein. Was machten die Besonderheiten dieser Staatsbürgerschaft in den Augen der Kolonialregierung um Decoux aus? Welche Rechte und Pflichten waren mit dieser Staatsbürgerschaft verbunden? Mit welchen Maßnahmen wurde versucht, die ursprüngliche Definition bewusst zu verändern? Die Untersuchung stellt die französischen

13 Hierbei wird für den Begriff der Metropole auf die Definition von Dunker, Stolz und Warnke zurückgegriffen, »Metropole« bezeichnet somit in dieser Arbeit das französische Mutterland. Während der wechselnden politischen Regimes und Regierungen werden in dieser Arbeit unter dem Begriff »Metropole« nacheinander die III. Französische Republik, Vichy-Frankreich als semi-autonomer Staat bis November 1942, Vichy-Frankreich als deutscher Marionettenstaat zwischen November 1942 und August 1944, die Provisorische Regierung der Französischen Republik zwischen Juni 1944 und Oktober 1947 und die IV. Französische Republik ab Oktober 1947 verstanden. Vgl. Stolz et al. 2017.

14 Für eine genauere Analyse des Urteils der Indignité nationale und der Strafe der Dégradation nationale siehe Kapitel 4.

Akteure, welche am Prozess dieser Aushandlung beteiligt waren, in den Mittelpunkt. Es geht dabei um die Frage, welche Konsequenzen die Staatsbürgerschaft für das Individuum, aber auch für die Gesellschaft als Ganzes sowohl in der Kolonie wie auch in der Metropole hatte. Damit wird Bezug auf eine Spannung genommen, welche bereits inhärent im Kontext der konzeptionellen Entwicklung von Staatsbürgerschaft vorhanden ist. Innerhalb der kolonialen Gebiete gewährte die französische Staatsbürgerschaft ihren Trägern verschiedenartige Privilegien. In den französischen Kolonien standen die französischen Staatsbürger (Citoyens) der kolonialiserten, indigenen Bevölkerung (Sujets) in einem klar hierarchischen Verhältnis gegenüber. Diese Hierarchisierung wurde innerhalb des Kolonialreichs durch den Code de l'Indigénat ab den 1870er Jahren weiter verfestigt, womit die Vormachtstellung der französischen Bürger rechtlich definiert und damit weiter ausgebaut worden war.<sup>15</sup> Abgeschafft wurde dieser Code im Zuge der Reformvorschläge der Teilnehmer der Konferenz von Brazzaville im Frühjahr 1944 und diese spezifische Forderung wurde nach dem Krieg auch umgesetzt.<sup>16</sup> Gleichzeitig wurden, besonders während des Krieges, von den Franzosen Pflichten eingefordert, sowohl durch Vichy-Frankreich und die Decoux-Regierung auf der einen wie auch durch die France libre auf der anderen Seite. Während die Missachtung dieser oder die Widersetzung gegen diese Forderungen Repressionen und Sanktionen zur Folge haben konnte, gingen mit deren Erfüllung Privilegien einher. Dies galt zwar für alle Franzosen während des Zweiten Weltkriegs, zusätzlich verstärkten sich diese Spannungen jedoch durch die Privilegien, mit welchen französische Bürger durch ihre Staatsbürgerschaft innerhalb des Kolonialreichs ausgestattet worden waren.<sup>17</sup>

Die jeweilige Deutung beider politischen Zentren, also von Vichy und von France libre, hatte, auch wenn es dabei um die ideologische und militärische Ausrichtung der Kolonien ging, immer die Interessen der Metropole Frankreichs im Sinn. Dieses Verständnis von Staatsbürgerschaft betonte die ohnehin starke Verknüpfung mit Territorialität, welche durch den Konflikt zwischen zwei unterschiedlichen französischen Machtzentren noch zusätzlich akzentuiert wurde. So wurde zeitgleich von den beiden politischen Machtpolen unabdingbare Loyalität eingefordert und erwartet, dass französische Bürger, welche oft seit Jahren nicht mehr oder noch gar nie in Frankreich gewesen waren, die fundamentale Entscheidung trafen, was es für sie bedeutet, ein Franzose zu sein. Dabei handelte es sich bei den Vorstellungen von Staatsbürgerschaft keineswegs um ein fixes Konzept; dieses befand sich vielmehr in einem stetigen Wandel. Anhand der Projekte, Probleme und Projektionen der Akteure im Indochina der Kriegs- und Nachkriegszeit, die im Mittelpunkt dieser Arbeit stehen, sollen dieser Veränderungsprozess der Vorstellungen von Staatsbürgerschaft und die daraus entstehenden, vielschichtigen Konsequenzen für die Beteiligten beleuchtet werden. Diese Entwicklung, die zu neuen Ausge-

15 Für eine Übersicht über den Code de l'Indigénat vgl. Merle 2002; Le Cour Grandmaison 2010. Für eine rechtliche Untersuchung des Code de l'Indigénat vgl. Gojosso 2017a. Für eine Untersuchung der Anwendung des Code de l'Indigénat im Kontext der Rechtsprechung in den französischen Kolonien vgl. Merle und Muckle 2002; Mann 2009; Thénault 2017.

16 Keineswegs alle der von den Teilnehmern der Konferenz von Brazzaville vorgeschlagenen Reformen wurden im Frankreich der Nachkriegszeit umgesetzt. Vgl. Smith 1978, S. 73f.

17 Für eine kurze historische Übersicht zur Entwicklung der französischen Staatsbürgerschaft vgl. Plender 1974, S. 710–13.

staltungen des Verständnisses von Staatsbürgerschaft führte, war gleichzeitig verbunden mit Konflikten zwischen diversen Interessensgruppen. Diesen Auseinandersetzungen, die sich auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene manifestierten und einen konkreten Einfluss auf das Leben von Individuen einerseits und auf die Handhabung von Fragen der Staatsbürgerschaft andererseits hatten, werden in dieser Arbeit besondere Beachtung geschenkt.

Die oben genannten Fragen rund um die Interpretation und Ausgestaltung von Staatsbürgerschaft im Kontext von Kolonisierung, Krieg und Staatsbildung sollen, wie bereits dargelegt, anhand ihrer Manifestation auf lokaler Ebene in der gut 9000 Kilometer von der Metropole Frankreich entfernten Kolonie Französisch-Indochina behandelt werden. Die Kolonie war rechtlich eine Union (daher der offizielle Name »Union Indochinoise« und ab 1941 »Fédération Indochinoise«) aus vier französischen Protektoraten, den jetzigen Staaten Laos und Kambodscha sowie den heute in Vietnam integrierten Gebieten Tonkin (nördliches Vietnam) und Annam (zentrales Vietnam).<sup>18</sup> Daneben war das südliche Gebiet des heutigen Vietnam unter dem Namen Cochinchina als französische Kolonie Teil dieser Union.<sup>19</sup> Die militärische Eroberung dieser Gebiete begann Frankreich 1858 in Cochinchina, sie endete 1886 mit der militärischen Konsolidierung der französischen Herrschaft in Tonkin, einhergehend mit der Erkenntnis und Einsicht der Regierung in Paris, dass weitere geplante Eroberungen in Südchina nicht zu realisieren waren.<sup>20</sup> Im Jahre 1898 kam im Zuge einer durch militärische Gewalt erzwungenen Konvention zwischen Frankreich und China das Pachtgebiet Guangzhouwan, in einer Bucht nördlich der Insel Hainan im heutigen China gelegen, als letztes Gebiet unter die administrative Kontrolle der Kolonialregierung von Französisch-Indochina.<sup>21</sup> Die nominelle Aufsicht über Tonkin und Annam hatte während der gesamten französischen Kolonialzeit der vietnamesische Kaiser inne, der nach wie vor in der imperialen Hauptstadt Hue residierte, aber lediglich eine symbolische Funktion ausübte.<sup>22</sup> Ähnlich war die Situation auch in den anderen Protektoraten in Indochina. Laos stand während der Kolonialzeit unter der nominellen Herrschaft des laotischen, Kambodscha unter derjenigen des kambodschanischen Königshauses.<sup>23</sup> Effektiv an der Macht mit allen Entscheidungsbefugnissen waren in diesen französischen Kolonialgebieten jedoch die lokalen französischen Residenten, die jeweiligen vorgesetzten Vertreter der französischen Kolonialverwaltung. Im Kontext von Indochina hatten diese Residenten

- 
- 18 Für eine umfangreiche Untersuchung der komplexen Geschichte Vietnams und eine kritische Einordnung der Vorstellung eines 2000 Jahre alten vietnamesischen Nationalismus vgl. Goscha 2016.
  - 19 Zur französischen Eroberung der einzelnen Gebiete in Indochina vgl. Brocheux und Hémery 2009, S. 15–69. Zur französischen Eroberung von Cochinchina vgl. Nguyễn 2014.
  - 20 Für die französische Kolonisation von Tonkin vgl. Tyner 2017, S. 24f. Zudem existiert eine Monografie über die militärische Eroberung von Tonkin, vgl. Bodin 2012.
  - 21 Zur Konvention zwischen China und Frankreich von 1898 zwecks eines 99-jährigen Pachtvertrags vgl. Vannière 2020, S. 98f. Zur historischen Entwicklung des französischen Pachtgebiets Guangzhouwan vgl. Vannière 2020. In der Forschung zu Guangzhouwan zur Periode zwischen den 1970er Jahren bis in die Gegenwart wird auch auf die französische Kolonialzeit eingegangen, vgl. Pieragastini 2018.
  - 22 Vgl. Chapuis 2000.
  - 23 Vgl. Stuartfox 1995; Tyner 2017, S. 24–28.

jeweils die französische Bezeichnung »Résident supérieur«.<sup>24</sup> Eine Ausnahme bildete wiederum das Territorium Cochinchina; hier hatte ein französischer Gouverneur die politische Kontrolle inne.<sup>25</sup> Die gesamte Regierung Französisch-Indochinas war einem französischen Generalgouverneur unterstellt, der von der französischen Regierung ernannt wurde.<sup>26</sup> Sein Regierungssitz lag in der Hauptstadt von Französisch-Indochina. Zunächst war dies Saigon, zwischen 1902 und 1945 fungierte jedoch Hanoi als Hauptstadt und Regierungssitz und bis zum Ende der Union 1954 hatte wiederum Saigon diese Rolle inne.<sup>27</sup>

Da die Regierung Französisch-Indochinas während des gesamten Zweiten Weltkrieges loyal zu Vichy-Frankreich gehalten hatte, waren die politischen Entscheide aus Hanoi geprägt von der offiziellen politischen Ideologie der *Révolution nationale*, die ab Juli 1940 von der Vichy-Regierung verbreitet worden war. Basierend auf den von der Vichy-Regierung gewählten Grundpfeilern »Travail, Famille, Patrie« war die *Révolution nationale* eine reaktionäre Antwort auf die gesellschaftlichen Liberalisierungen, welche seit der Französischen Revolution in der französischen Gesellschaft eingeführt worden waren.<sup>28</sup> In Indochina sollte die Politik Vichys durch die im Sommer 1940 unter Admiral Jean Decoux neu eingesetzte Kolonialregierung, die bis zum 9. März 1945 in Indochina im Amt blieb, verbreitet werden.<sup>29</sup> Doch diverse Faktoren machten es unmöglich, die Anordnungen aus Vichy detailgetreu vor Ort umzusetzen, selbst wenn dies die politische Führung in Indochina so gewollt hätte.<sup>30</sup> Die Umsetzung dieser Ideologie wurde durch die geografische Entfernung von der französischen Metropole erschwert, was durch den Krieg in Europa und später durch den Pazifikkrieg noch weiter verschärft wurde. Die Decoux-Regierung war immer auch gezwungen, die politische Situation in Ostasien im Auge zu behalten. Im November 1942 war zudem die letzte Unabhängigkeit des Vichy-

24 Vgl. Low 2016, besonders S. 78–81; Gojosso 2017b, S. 39. In dieser Arbeit wird fortan der Begriff »Resident« verwendet.

25 Vgl. Gojosso 2017b, S. 39.

26 Vgl. Gojosso 2017b; Gojosso 2013.

27 Vgl. Montagnon 2016.

28 Für den Inhalt und die Ausbreitung der *Révolution nationale* in Frankreich vgl. das Kapitel »L'empire de Vichy: La Révolution nationale ou la France à l'envers (1940–1942)«, in: Aglan 2020, S. 21–89 sowie den Teil: »II/The National Revolution«, in: Paxton 2001, S. 136–233. Zu den Beziehungen zwischen dem Vichy-Regime und dem französischen Kolonialreich wurden ebenfalls mehrere historische Abhandlungen geschrieben, vgl. Cantier 2002; Jennings 1999; Verney 2012; Fageol 2012.

29 Der amtierende Generalgouverneur Georges Catroux wurde durch die Vichy-Regierung am 25. Juni 1940 zurückberufen und durch Jean Decoux ersetzt. Allerdings ignorierte Catroux diesen Befehl und trat erst am 20. Juli zurück. Anschliessend reiste er nicht nach Frankreich, sondern nach London und schloss sich *France libre* an. Jean Decoux übernahm die Funktion des Generalgouverneurs von Französisch-Indochina ad interim ab dem 25. Juni 1940 und wurde am 29. August 1940 definitiv in dieser Position eingesetzt. Vgl. Logevall 2012, S. 56; Verney 2012, S. 27f.

30 In der gerichtlichen Voruntersuchung von Oktober 1945 bis Februar 1949 zu den Vorgängen in Indochina während der Kriegszeit wurde Decoux angerechnet, dass er, obwohl er sich äusserst loyal gegenüber Vichy zeigte, immer auf eine große Autonomie in seiner Funktion als Generalgouverneur bestand. Vgl. Le Procureur général: *Réquisitoire définitif*. H. Nr. 55, Paris 14.02.1949, AN, *Réquisitoire définitif* Decoux, Signatur: 3W/149, S. 27f.

Staates durch Deutschland gewaltsam beendet worden.<sup>31</sup> Französisch-Indochina wurde durch all diese Entwicklungen von Europa immer isolierter.

Gleichzeitig erhöhte das Japanische Kaiserreich den Druck auf Französisch-Indochina und erzwang in mehreren Abkommen nicht nur die fortschreitende Integration der Wirtschaft von Indochina in die japanische Sphäre,<sup>32</sup> sondern auch die Stationierung von japanischen Beamten, Polizisten und Militärs nach dem September 1940 in Tonkin und ab Juli 1941 in ganz Indochina.<sup>33</sup> In dieser Arbeit wird der ganze japanische Apparat, der während des Krieges in Indochina stationiert war und welcher die Verwaltung, die Polizei und das Militär miteinschließt, in seiner Gesamtheit begrifflich als die japanische Präsenz bezeichnet. Dies geschieht in Anlehnung an den in den Quellen verwendeten Begriff »la mission japonaise en Indochine«.<sup>34</sup> Gleichzeitig versuchte nach der Niederlage der III. Französischen Republik auch ein weiterer politischer Akteur die augenfällige Schwäche von Französisch-Indochina auszunutzen: Thailand griff im Oktober 1940 Französisch-Indochina an, in der Hoffnung, Gebiete zurückzuerobern, welche in früheren Jahrzehnten an Frankreich verloren gegangen waren. Der viermonatige Krieg endete im Januar 1940 mit einem durch das Japanische Kaiserreich erzwungenen Frieden.<sup>35</sup> Parallel zu den externen erwuchsen der französischen Kolonialregierung in Hanoi auch interne Herausforderungen. Einen Aufstand der kommunistischen IKP im Herbst 1940 konnten die französischen Behörden erfolgreich niederschlagen,<sup>36</sup> jedoch beschäftigte fortan die Eindämmung des kommunistischen Widerstands, welcher ab Mai 1941 besonders durch die Viet Minh geführt wurde, die Decoux-Regierung in den weiteren Jahren.<sup>37</sup> Zudem leisteten nun auch religiös-nationalistische Bewegungen, die durch die japanische Präsenz politisch und finanziell unterstützt wurden, zunehmend Widerstand gegen die französische Kolonialadministration.<sup>38</sup>

Aufgrund der wichtigen Rolle, welche japanische Akteure bei all diesen Entwicklungen übernahmen, wäre ein stärkerer Einbezug japanischer Quellen sehr gewinnbrin-

31 Anfang November 1942 fielen innerhalb einer Woche durch die Operation Torch die Vichy-loyalen französischen Kolonien in Nordafrika an die Alliierten. Die Reaktion Deutschlands war das Unternehmen Anton, in dessen Zuge die Wehrmacht Ende November Vichy-Frankreich eroberte. Zwar lag weiterhin die zivile Kontrolle, nun über fast ganz Frankreich, in den Händen der Vichy-Regierung, allerdings wurde die Armée de l'Armistice aufgelöst, und stand bis zu ihrem Ende in einer umfassenden politischen Abhängigkeit von Deutschland. Vgl. Paxton 2004, S. 398–417; Jackson 2003, S. 221–26.

32 Vgl. Namba 2012, S. 29; Verney, S. 204–24.

33 Vgl. Verney, S. 187–97.

34 Romerio, François: Exposé, Information suivie contre: Teulier. H. Nr. 46, Paris 08.11.1948, AN, Contre: Teulier (Marcel), Signatur: Z/7/19, S. 1.

35 Vgl. Huguier 2010, S. 65–84.

36 Der kommunistische Widerstand formierte sich in den 1930er Jahren immer stärker innerhalb der Indochinesischen Kommunistischen Partei (IKP), die im Oktober 1930 durch die Komintern gegründet worden war. Die IKP) und ihre Vorgängerorganisation, die Kommunistische Partei Vietnams, stellten beide ein Sammelbecken für die individuellen, lokalen, kommunistischen Parteien Vietnams dar. Vgl. Moise 1988, S. 10ff.; Logevall 2012, S. 60.

37 Zur Geschichte der Viet Minh vgl. die Kapitel »XIX. Le Viet Minh ou les habits neufs du PCI (1941–1945)« sowie »XX. Après le Coup de Force japonais du 9 mars 1945«, in: Ngô-Văn 2000, S. 295–320.

38 Vgl. My-Van 1996, S. 183–87; Ngô-Văn 2000, S. 289–93; Cantier 2004, S. 35.



gend. Die Erweiterung um die japanische Perspektive wäre auch daher wichtig, da die Interessen der einzelnen Protagonisten und Gruppen dieser japanischen Präsenz sehr mannigfaltig waren, dennoch aber in vielen Punkten auch übereinstimmten. Die politischen Interessen des Japanischen Kaiserreichs an den vietnamesischen Nationalisten hatten ihre Wurzeln in einem neuen japanischen Verständnis der eigenen Rolle in Asien nach dem Russisch-Japanischen Krieg 1905.<sup>39</sup> Tokio setzte diese politische Beeinflussung und Unterstützung des vietnamesischen Nationalismus zur Ausbreitung des japanischen Einflusses auf Kosten Frankreichs bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges fort. Während des Pazifikkrieges intensivierte Tokio diese Bemühungen noch einmal stark.<sup>40</sup> Ab 1940 existierte zudem eine militärische Präsenz Japans in Französisch-Indochina. Die Demonstration militärischer Stärke vor Ort war sowohl ein potentes Mittel zur politischen Einflussnahme Japans in Indochina als auch zur Öffnung der indochinesischen Wirtschaft für japanische Unternehmer.<sup>41</sup> Diese Unternehmer wiederum ermöglichten die wirtschaftliche Erschließung Indochinas für das Japanische Kaiserreich und eine Integration in die japanisch geprägte Großasiatische Wohlstandssphäre. Gleichsam ermöglichten die Unternehmer den Unterhalt der japanischen Armee durch Ressourcen, welche in Indochina abgebaut und produziert werden konnten.<sup>42</sup> Diese unterschiedlichen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Interessen japanischer Akteure, die alle eigene Ziele verfolgten, aber dennoch kooperierten und aufeinander angewiesen waren, verdeutlichen die Komplexität und Relevanz der »japanischen Präsenz« in Indochina. Die Akteure in Indochina, unter denen das Japanische Kaiserreich eine sehr bedeutende Position einnahm, übten alle einen Einfluss auf die politischen Entscheidungen der Kolonialverwaltung in Indochina aus. Die durch Vichy in Frankreich entwickelte politische Ideologie wurde entsprechend in eine Kolonie exportiert, welche bereits unter einem massiven internen wie externen Druck stand. In dieser fragilen politischen Situation mussten die Regierungshandlungen der Decoux-Regierung jeweils simultan auf die interne und externe Situation in Indochina, insbesondere auf die Forderungen der indigenen Bevölkerung, des Japanischen Kaiserreichs, auf diejenigen von Vichy und im Verlauf des Krieges immer mehr auch auf die Interessen der Alliierten und France libre abgestimmt werden. Dieses Ausbalancieren der Interessen nahm innerhalb der Kolonie zunehmend eine weitere Dimension an. Die Privilegierung der französischen Kolonisten aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit ging in der Regel auf Kosten der indigenen Bevölkerung. Genau diese Privilegierung forderten nun auch japanische Akteure immer häufiger für sich ein. Wirtschaftliche und rechtliche Privilegien konnten jedoch nur gewährt werden, wenn eine Bevölkerungsgruppe, in diesem Fall die indigene Bevölkerung, nicht daran beteiligt wurde. Diese Dynamik der Gewährung und Vorenthaltung von Privilegien auf der Grundlage der Staatsbürgerschaft verstärkte sich während des Zweiten Weltkrieges immer mehr, bis sie nach dem Krieg zum Zusammenbruch der französischen Kolonialherrschaft führte.

39 Vgl. Namba 2012, S. 15f.

40 Vgl. ebd., S. 15–26.

41 Vgl. Verney 2012, S. 204–24.

42 Vgl. ebd., S. 208.



Die offizielle Ideologie Vichys, die *Révolution nationale*, musste entsprechend angepasst werden, was letztlich dazu führte, dass die effektiv ausgeführten politischen Maßnahmen in Indochina anders gelagert waren, als ursprünglich von Vichy vorgesehen.<sup>43</sup> Diese Konzepte, Maßnahmen und ideologischen Leitlinien, welche die Vichy-Regierung und ihre Vertreter innerhalb der Kolonien propagierten, waren in der Metropole in Europa entwickelt worden und standen unter den Einflüssen des nationalsozialistischen Deutschlands.<sup>44</sup> In Indochina musste die Decoux-Regierung ihre Politik jedoch nicht mit den außenpolitischen Anforderungen aus Berlin, sondern mit jenen aus Tokio abstimmen. Dadurch vollzog die Politik der Decoux-Regierung eine tiefgreifende Wandlung und entfernte sich in diesem Prozess zunehmend von ihrer ursprünglichen ideologischen Ausrichtung und stellte stattdessen eine eher pragmatische Herangehensweise in den Vordergrund. Die Regierung um Jean Decoux und insbesondere die Person des Generalgouverneurs selbst wurden ohnehin als relativ unabhängig von Vichy beschrieben,<sup>45</sup> auch wenn seine Kolonialregierung viele der Ansichten, welche durch Vichy vertreten wurden, teilte und sich grundsätzlich loyal zur französischen Regierung in Frankreich verhielt.<sup>46</sup>

Der Pragmatismus, welcher aufgrund der äußeren Umstände für die Kolonie überlebenswichtig war, verstärkte jedoch zusätzlich die Emanzipierung Hanois von Vichy. Die nachfolgende Untersuchung wird sich sowohl mit dieser pragmatischen Wandlung beschäftigen als auch die Mittel beleuchten, welche die Decoux-Regierung anwandte, um in einer bedrängten politisch-militärischen Lage diese angepassten Konzepte in der Bevölkerung zu verbreiten. Diese Dissertation soll daher auch Erkenntnisse darüber geben, wie die Anwendung von Konzepten der Staatsbürgerschaft in unterschiedlichen territorialen Räumen funktionierte und welche Probleme für die Regierungen, aber auch für die Einwohner daraus resultierten. Aus dieser Analyse ergibt sich auch die weiterführende Frage, wie die Zäsuren in Europa, besonders der November 1942 (das Ende der ohnehin überschaubaren Souveränität von Vichy-Frankreich) und der August 1944 (Befreiung von Paris durch *France libre*), die Kolonialpolitik in Indochina prägten und wie sich diese Veränderungen auf die Politik der Staatsbürgerschaft auswirkten.

Die genannten Entwicklungen in den verschiedenen globalen und lokalen Kontexten veranlassten die Decoux-Regierung zu einem vorsichtigen Austarieren ihrer politischen Linie. Mit fortschreitendem Kriegsverlauf verfolgte sie immer nachdrücklicher ihre Absicht, sich auf die Seite der siegreichen Alliierten zu stellen. Gemäß den Vorstellungen der Decoux-Regierung sollte die indigene Bevölkerung insoweit zufrieden gestellt werden, als dass sie nicht aktiv gegen die Kolonialregierung vorging. Gleichzeitig sollte ihr nur so weit entgegengekommen werden, dass der Fortbestand der Kolonie Französisch-

---

43 Für eine allgemeine Untersuchung der Verbreitung der *Révolution nationale* innerhalb des französischen Kolonialreichs vgl. Jennings 2001; Cantier 2004. Für die Situation in Indochina vgl. Verney 2012.

44 Diese Beeinflussung durch Berlin war zwar, wie neuere Untersuchungen zeigen, deutlich schwächer als in der früheren Forschung angenommen, dennoch war sie signifikant. Vgl. Jackson 2003, S. 9–14.

45 Vgl. *Le Procureur général: Réquisitoire définitif*. H. Nr. 55, Paris 14.02.1949, AN, *Réquisitoire définitif* Decoux, Signatur: 3W/149, S. 27f.

46 Vgl. Thomas 1998, S. 46; Logevall 2012, S. 56.

Indochina nicht gefährdet würde.<sup>47</sup> Die letztlich erfolglosen Maßnahmen, mit denen die französische Kolonialregierung ihre Kontrolle aufrechterhalten wollte, zeigten, wie wichtig die Rolle der indigenen Bevölkerung beim Zusammenbruch der französischen Kolonialherrschaft war. Die letztlich gescheiterten Versuche der Decoux-Regierung und der Nachkriegsregierung unter Georges Thierry d'Argenlieu, die lokale Bevölkerung mit der französischen Kolonialherrschaft zu versöhnen, führten in den Ersten Indochinakrieg und zum Ende der Kolonie Französisch-Indochina. Während des Zweiten Weltkrieges musste die Decoux-Regierung die Forderungen des Japanischen Kaiserreichs so weit wie nötig erfüllen, um eine militärische Intervention zu vermeiden. Gleichzeitig aber sollte der japanische Einfluss in Indochina so stark wie möglich eingeschränkt werden.<sup>48</sup> Dieser schwierige Balanceakt der Regierung Decoux kam im Frühjahr 1945 an seine Grenzen: Nach mehr als vier Jahren des politischen Manövrierens löste die japanische Armee am 9. März 1945 um 21:00 Uhr einen Coup d'État aus, welcher die Kolonie Französisch-Indochina vollständig unter japanische Herrschaft brachte. Damit endeten die Machtbefugnisse der Decoux-Regierung. An ihrer Stelle wurden drei japanische Marionettenstaaten installiert: das Vietnamesische Kaiserreich, das Königreich von Kambodscha und das Königreich von Luang Prabang (heutiges Laos). Cochinchina selbst verblieb bis zum 8. August 1945 unter direkter japanischer Kontrolle.<sup>49</sup>

Über Nacht hatte die französische Bevölkerung in Indochina ihre Stellung innerhalb der kolonialen Hierarchie verloren und ihre französische Staatsbürgerschaft war von einer Quelle von Privilegien zur Ursache für Verfolgung und Repressionen geworden. Die koloniale Hierarchie wurde umgedreht, so dass die französischen Bürger von der höchsten auf die tiefste gesellschaftliche Stufe gefallen waren. Dieser massive politisch-gesellschaftliche Wandel soll in der vorliegenden Arbeit vor allem in Bezug auf die Auswirkungen untersucht werden, welche diese Situation auf die Inhaber der französischen Staatsbürgerschaft hatte. Dabei soll aber auch beleuchtet werden, in welchem Umfang es einzelnen französischen Bürgern dennoch gelang, sich erfolgreich mit dieser neuen Konstellation zu arrangieren. Gleichzeitig stellt sich dabei die Frage, wie die Rolle dieser einzelnen französischen Staatsangehörigen im Rahmen der gerichtlichen Nachkriegsaufarbeitung in Paris beurteilt wurde. So waren es diese individuellen französischen Staatsangehörigen, welche die Ausgestaltung und Verbreitung der, genauso wie den Widerstand gegen die neue, durch Vichy ausgearbeitete und ideologisch inspirierte, Kolonialpolitik vorantrieben. Sie waren dabei externen Sachzwängen genauso ausgeliefert, wie sie auch eine eigene Gestaltungsfreiheit genossen. Diesen Protagonisten mit ihrem Handeln und Wirken sowie der Beurteilung ihres Verhaltens in der Retrospektive durch die Gerichte nach dem Krieg gilt die Untersuchung dieser Arbeit.

47 Vgl. Jennings 2001, S. 163–65; Cantier 2004 S. 37–41.

48 Vgl. Verney 2012, S. 215–18. Diese fragile Politik der Decoux-Regierung im Umgang mit dem Japanischen Kaiserreich wird ebenfalls bei Philippe Grandjean beschrieben, vgl. Grandjean 2004, S. 33–41. Philippe Grandjean war der Sohn von Émilien Grandjean, einem Administrator unter Jean Decoux, vgl. Verney 2012, S. 466.

49 Am 8. August 1945 wurde auch Cochinchina in das Vietnamesische Kaiserreich integriert. Vgl. Chieu 1986, S. 310–12.

## Methodisch-theoretischer Hintergrund

In der folgenden Arbeit soll die Umsetzung des politischen Programms der Decoux-Regierung in Indochina mit der Schwerpunktlegung auf die Fragen nach der Ausgestaltung der französischen Staatsbürgerschaft untersucht werden. Dies beinhaltet eine genauere Betrachtung der mit der französischen Staatsbürgerschaft verbundenen Rechte und Pflichten, welche die Regierung gewährte, beziehungsweise einforderte. Diese Dissertation untersucht mittels Ansätzen aus der Mikrogeschichte die politischen Strategien unter der Kolonialregierung von Decoux in Indochina und zeigt die daraus resultierenden Interaktionen zwischen ihr und dem französischen Staatsbürger auf. Dadurch soll auch die Bedeutung einzelner Protagonisten in der Kolonialpolitik Vichy-Frankreichs herausgestrichen und ihr aktives Wirken sowie ihre ideologischen Einstellungen im kolonialen Kontext aufgezeigt werden. Der hierzu verwendete Ansatz arbeitete intensiv mit digitalen Methoden zur historischen Forschung. Dadurch konnte ein Netzwerk an Personen, welche innerhalb des kolonialen Indochinas tätig waren, aufgespannt und ihre Verbindungen und Interaktionen untereinander sichtbar gemacht werden. Auf der Basis dieser Beziehungsnetze von individuellen Akteuren erfolgte eine Analyse der politischen und wirtschaftlichen Interaktionen dieser Akteure in Indochina während des Krieges. Dabei wurde nicht auf Aussagen auf einer Makroebene verzichtet. Als Ausgangspunkt dieser historischen Untersuchung wurden die Dokumentationen aus den Gerichtsfällen des Cour de Justice de l'Indochine aus der Zeit der IV. Französischen Republik ausgewählt.<sup>50</sup> Wie bereits erwähnt und im vierten Kapitel weiter behandelt, setzten sich diese Tribunale in besonderem Maße mit der Frage der Staatsbürgerschaft auseinander.<sup>51</sup>

Mit diesen Gerichtsuntersuchungen als Ausgangspunkt wurden unter der Zuhilfenahme von weiteren, aus anderen Archiven stammenden Quellen die behördliche Politik und auch die Interaktionen der Akteure untereinander während des Krieges in Indochina in den Fokus gerückt. Gleichzeitig verknüpft die Arbeit mittels der digitalen Methoden die verschiedenen Gerichtsfälle untereinander und stellt zudem Verbindungen zu weiteren Quellen her, um sie in anderen Archivbeständen zu identifizieren und zu nutzen. Auf diese Weise konnten Überlieferungslücken durch gezieltes Nachforschen geschlossen werden. Dies war innerhalb dieses Dissertationsprojekts möglich, weil erstmals eine umfangreiche digitale Forschungsinfrastruktur mit Archivmaterialien zu Französisch-Indochina während des Zweiten Weltkriegs angelegt worden war. Da so eine methodische Ebene dazugekommen war, welche eine theoretisch-methodische Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten digitaler Methoden innerhalb der Geschichtswissenschaften beinhaltete, konnten die Forschungsfragen erweitert werden.<sup>52</sup> Mit diesem Ansatz stehen die institutionellen Herangehensweisen und auch die politische Handlungsmaxime im Fokus, welche sich mit den Rechten und Pflichten der französischen Bürger in Indochina auseinandersetzen. Die Debatte rund um die gegenseitig konkurrierenden Vorstellungen der französischen Staatsbürgerschaft in der Mitte des 20. Jahrhunderts, welche auf lokaler, nationaler wie auch auf globaler Ebene

50 Vgl. AN, Cour de justice de l'Indochine (1946 – 1950), Signatur: Z/7/1–Z/7/77.

51 Siehe Kapitel 4.1.

52 Siehe das Kapitel »Digital Humanities und Globale Mikrogeschichte«.

stattgefunden hatte, sowie die daraus entstehenden Konsequenzen für das Individuum und für die Gesellschaft sollen in der folgenden Arbeit im Fokus der Untersuchung stehen.<sup>53</sup>

Die Staatsbürgerschaft entwickelte sich auch in Frankreich zu einem der Schlüsselbegriffe der Zwischenkriegszeit, mit dem das Verständnis der Beziehung zwischen dem Staat und seinen Bürgern verhandelt wurde. Dieser Prozess des Aushandelns manifestierte sich auch innerhalb der Gesetzgebung.<sup>54</sup> Die III. Französische Republik verringerte per Gesetz am 10. August 1927 die Prinzipien der *ius sanguinis* und reduzierte die minimale Aufenthaltsdauer einer ausländischen Person in Frankreich, die als Voraussetzung für die Beantragung der französischen Staatsbürgerschaft galt, von zehn auf drei Jahre. Die Motivation dieser Liberalisierung war die als zu langsam wahrgenommene Bevölkerungsentwicklung Frankreichs nach dem Ersten Weltkrieg.<sup>55</sup> Die Liberalisierung des Einbürgerungsrechts, die mit diesen Reformen in Frankreich umgesetzt wurde, wurde bereits 1934 wieder eingeschränkt.<sup>56</sup> Die Vichy-Regierung schließlich etablierte ein restriktiveres und exklusives Verständnis von Staatsbürgerschaft. Dies kumulierte in dem Gesetz vom 22. Juli 1940 und der damit ermöglichten Denaturalisierung französischer Staatsbürger. Infolgedessen wurden einige der Einbürgerungen, die auf der Grundlage des Gesetzes vom 10. August 1927 vorgenommen wurden, rückgängig gemacht.<sup>57</sup>

Die politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Debatten rund um die französische Staatsbürgerschaft gewannen daher im Frankreich des Zweiten Weltkrieges an zusätzlicher Bedeutung. Vichy-Frankreich begann 1940 damit, französischen Bürgern in großem Umfang die Staatsbürgerschaft zu entziehen, darunter auch überdurchschnittlich vielen französischen Bürgern jüdischen Glaubens. Gemäß Robert Paxton war die Vichy-Politik der Ausbürgerung französischer Staatsbürger genuin französischer Herkunft und wurde nicht vom nationalsozialistischen Deutschland gefordert. Vielmehr hatte sie ihren Ursprung in den antisemitischen Milieus der späteren Jahre der III. Französischen Republik.<sup>58</sup> Das Ergebnis dieser Vichy-Politik war das bereits erwähnte Gesetz vom 22. Juli 1940 über die Denaturalisierung.<sup>59</sup> Das Gesetz war durch zwei Besonderheiten gekennzeichnet. Erstens war es zwar eindeutig antisemitisch, aber

53 Vgl. Conrad 2016, S. 11–14.

54 Für eine eingehende Untersuchung der Staatsbürgerschaft als Schlüsselbegriff der Zwischenkriegszeit, vgl. unter anderem Childers 2001; Innes 2004. Für eine Studie über Staatsbürgerschaft, die sich mehr auf den Ersten Weltkrieg und die unmittelbare Nachkriegszeit konzentriert, vgl. Caglioti 2021. Für eine umfassende Studie über Staatsbürgerschaft, Staatenlosigkeit und Exil, vgl. auch Bischoff und Rürup 2018. Für eine Auseinandersetzung mit dem Nansen-Pass im Rahmen der Entwicklung der Staatsbürgerschaft in der Zwischenkriegszeit, vgl. Lettevall 2012.

55 Vgl. *Loi sur la nationalité. Suivre des décrets et instructions relatifs à l'application de la loi du 10, Nancy, Paris, Strasbourg: impr. de Berger-Levrault, 1927*. Das Gesetz ist einsehbar unter: <<http://ark.bnf.fr/ark:/12148/cb33970558g>>, Stand: 22.11.2023. Für detailliertere Informationen zum Gesetz vgl. Laguerre 1988, S. 5.

56 Vgl. Plender 1974, S. 712.

57 Vgl. Paxton 2001, S. 170f.

58 Vgl. ebd., S. 177–80; Zalc 2016, S. 22–23.

59 Vgl. *Loi du 22 juillet 1940 révision des naturalisations depuis la loi du 10 août 1927*, in: *Journal officiel de la République française. Lois et décrets* (imprimé à Vichy) (version papier numérisée) n°

nicht Teil der antijüdischen Gesetzgebung des Vichy-Staates, die zwei Monate später, am 3. Oktober 1940, in Kraft trat. Zweitens war das Gesetz sehr unspezifisch in Bezug auf die Kriterien, die zu einer Ausbürgerung führen würden. Es wurden weder bestimmte Bevölkerungsgruppen genannt noch andere Entscheidungskriterien definiert, die zu einem Entzug der Staatsbürgerschaft führen würden. Die Beamten der Commission de Révision des Naturalisations, des mit der Umsetzung betrauten staatlichen Gremiums, genossen entsprechend umfassende Freiheiten bei ihren Entscheidungen.<sup>60</sup>

Derweil ist es nicht möglich, vergleichbare Schlussfolgerungen über die Anwendung des Gesetzes in Französisch-Indochina zu ziehen. Es konnte kein Fall identifiziert werden, in dem ein französischer Staatsbürger in Indochina seine Staatsbürgerschaft unter Berufung auf das Gesetz vom 22. Juli 1940 verloren hat. Doch ein am 23. Juli 1940 erlassenes Gesetz, mit dem französischen Staatsbürgern, die Frankreich ohne Erlaubnis verlassen hatten, die Staatsbürgerschaft entzogen wurde, fand auch in Indochina Anwendung.<sup>61</sup> Dieses Gesetz vom 23. Juli 1940 wurde in den folgenden Jahren mehrfach geändert und diente auch zur Bestrafung von Franzosen, die aus Sicht des Vichy-Staates Hochverrat an Frankreich begangen hatten. Insgesamt 446 Personen wurde aufgrund dieses Gesetzes die französische Staatsbürgerschaft entzogen, darunter auch einige Bürger aus Asien und Indochina im Speziellen.<sup>62</sup>

Die Untersuchung befasst sich aber auch mit den politischen Institutionen im kolonialen Indochina, welche die Durchsetzung dieser Ideen und Ideale bestimmten und realisierten. Ein Fokus wird auch auf den politisch-gesellschaftlichen Zwängen liegen, die Teil dieses Prozesses waren und auf die historischen Akteure einwirkten. Dafür soll im ersten Teil der Arbeit die spezifische Ausgestaltung der französischen Staatsbürgerschaft im kolonialen Kontext in Ostasien während des Zweiten Weltkriegs betrachtet werden, die teilweise von den politischen und gesellschaftlichen Konzepten des Vichy-Regimes geprägt war. Im zweiten Teil der Arbeit wird die Untersuchung auf die Nachkriegszeit, insbesondere auf die Jahre von 1946 bis 1950, erweitert werden, um die Be- und Verurteilung der in diesem Kontext im Indochina der Kriegszeit tätigen Akteure durch die Repräsentanten der IV. Französischen Republik zu beleuchten. In dieser Arbeit soll die koloniale Ausgestaltung einer von Vichy lokal und global proklamierten Politik – basierend auf der seit 1940 propagierten Ideologie der *Révolution nationale* – zwecks Durchsetzung ihrer Vorstellungen des Franzosen analysiert werden. Die Besonderheiten der Staatsbürgerschaft im kolonialen Kontext soll durch ihre Rückprojektion aus der Kolonie in die Metropole, aus welcher sie stammte, im Rahmen ihrer juristischen Reflexion in einem anderen Raum – dem europäischen Frankreich – und einer anderen Zeit – der unmittelbaren Nachkriegsepoche – untersucht werden. Durch die Gerichte in der

---

0179 du 23/07/1940, einsehbar unter: <<https://www.legifrance.gouv.fr/jorf/id/JORFTEXT000000315053>>, Stand: 13.11.2023.

60 Vgl. Zalc 2016, S. 23–24.

61 Vgl. Loi du 23 juillet 1940 relative à la déchéance de la nationalité à l'égard des français ayant quitté la France, in: Journal officiel de la République française. Lois et décrets (imprimé à Vichy) (version papier numérisée) n° 0180 du 24/07/1940, einsehbar unter: <<https://www.legifrance.gouv.fr/jorf/id/JORFTEXT000000498185>>, Stand: 13.11.2023.

62 Vgl. AN, Fichier des déchéances de la nationalité française entre 1940 et 1944, Signatur: BB/27/1421.

Metropole, welche die Politik der Decoux-Regierung in Indochina während des Zweiten Weltkriegs aufarbeiteten, schließt sich auch der Kreis, in dem die juristischen und gesellschaftlichen Vorstellungen, welche die Staatsbürgerschaft definierten, diskutiert und bestimmt wurden. Die Ideen und Konzepte, welche durch Vichy in der Metropole entwickelt und in Indochina abgewandelt und umgesetzt worden waren, wurden nun durch die Gerichtsverhandlungen nach dem Krieg zurück nach Frankreich transferiert. In der Untersuchung dieses Kreislaufs soll die Antwort auf das zu Beginn formulierte Paradox gefunden werden, weshalb die Vichy-loyalen Beamten in Französisch-Indochina nach dem Krieg freigesprochen wurden.

## Forschungsstand

Die historische Forschung hat bislang das Themengebiet Französisch-Indochina in der Phase des Zweiten Weltkriegs aus verschiedenen Gründen nur am Rande aufgegriffen. So war die Kolonie nicht direkt in die sich zuspitzende innerfranzösische Konfrontation zwischen *France libre* und dem Vichy-Regime verwickelt gewesen, weswegen Indochina generell innerhalb der Forschung über Frankreich im Zweiten Weltkrieg nur eine Nebenrolle spielte.<sup>63</sup> Eine im Jahre 1985 veröffentlichte bibliografische Untersuchung über die bisherige Forschungsliteratur zu Indochina zwischen 1940 und 1945 weist bereits in der Einleitung auf den überaus mageren Forschungsstand zu diesem Thema hin.<sup>64</sup> In der angegebenen Literatur führt sie zudem eine Vielzahl der autobiografischen Werke auf, welche von Beamten der Decoux-Regierung sowie von deren Opponenten geschrieben wurden. Diese unzureichende Forschungslage hat sich in der Zwischenzeit durch mehrere, teilweise umfangreiche Untersuchungen bezüglich bestimmter Themenbereiche verändert. Zumindest ein kleiner Zirkel (hauptsächlich französischer, vietnamesischer und japanischer) Forscher hat sich besonders seit den 1990er Jahren mit den politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in der Kolonie Französisch-Indochina während des Zweiten Weltkriegs auseinandergesetzt.<sup>65</sup> Zudem erhielt die Kolonie einen immer wichtigeren Platz innerhalb der Untersuchungen über die Kolonialpolitik des Vichy-Regimes.<sup>66</sup> Dennoch wird die Geschichte der Kolonie Französisch-Indochina in der Epoche des Zweiten Weltkriegs in vielen historischen Abhandlungen, die ein größeres historisches Zeitfenster abdecken, oft nur in einem Kapitel abgehandelt und damit auf detail-

63 Die militärischen und politischen Konfrontationen zwischen *France libre* und Vichy spielten sich während der ersten Kriegsjahre primär in den französischen Kolonien in Afrika und im Jahr 1944 in Frankreich selbst ab. Entsprechend gering fällt in der Literatur über diese Konfrontation die Analyse der Vorgänge in Französisch-Indochina aus. Für eine entsprechende Forschungsarbeit über die *France-libre*-Bewegung in den afrikanischen Kolonien vgl. Jennings 2014.

64 Vgl. Valette 1985.

65 Vgl. Shiraishi 1990; Dreifort 1991; Folin 1997; Martin 1998; Ngô-Vân 2000; Turpin 2005; Brocheux und Hémery 2009; Namba 2012; Verney 2012; Bertrand et al. 2013; Montagnon 2016; Shiraishi et al. 2017. Für eine deutlich frühere Studie aus den 1950er Jahren vgl. Devillers 1952.

66 Vgl. Marseille 1974; Thomas 1998; Jennings 2001; Cantier 2004.



lierte Analysen zu Politik und Gesellschaft in dieser Zeit verzichtet.<sup>67</sup> Auch innerhalb der Forschung zum Ersten Indochinakrieg (1945 bis 1954) werden die Entwicklungen unter der Decoux-Regierung, obwohl deren politische Agenda einen direkten Einfluss auf die Entstehung dieses Konflikts gehabt hatte, oft nur am Rande in einem Einführungskapitel erwähnt.<sup>68</sup> Einige Forschungsarbeiten verbinden den Vietnamkrieg (1955 bis 1975), teilweise auch als Zweiter Indochinakrieg bezeichnet, stärker mit dem Ersten Indochinakrieg und verorten beide Konflikte wiederum im Kontext des Zweiten Weltkriegs.<sup>69</sup>

Bezüglich der Literatur zu den verwendeten theoretischen Ansätzen existiert eine umfangreiche Sammlung an Unterlagen und Schriften. Zur Geschichte des französischen Kolonialreichs im Spezifischen sowie zur Historie Frankreichs in einem globalen Kontext im Allgemeinen ist inzwischen eine überaus große Vielfalt wissenschaftlicher Arbeiten zu verschiedenen thematischen Schwerpunkten vorhanden.<sup>70</sup> Auch zum Konzept der Staatsbürgerschaft im kolonialen Kontext existieren eine Reihe von Forschungsarbeiten.<sup>71</sup> Die Zahl der Untersuchungen zur Staatsbürgerschaft und zu deren Entzug als Sanktionsmaßnahme im Kontext der Politik von Vichy-Frankreich ist seit der Jahrtausendwende stark angestiegen.<sup>72</sup> Alle diese Ansätze waren für die Kontextualisierung dieser Forschungsarbeit zwar wichtig, dennoch stellt diese Arbeit primär einen anderen Zugang zur Materie vor. Anstatt Regierungsbeschlüsse als Startpunkt der Untersuchung zu nehmen, stehen individuelle, im französischen Kolonialreich und im ostasiatischen Raum umfassend vernetzte Akteure mit ihrem Wirken, ihren politischen Absichten und ihren wirtschaftlichen und persönlichen Beziehungsnetzwerken im Vordergrund. Dadurch wählt diese Arbeit eine Globale Mikrogeschichte als Ansatz, um Indochina zur Zeit des Zweiten Weltkriegs zu untersuchen. Bereits zu Beginn dieses Projekts stand fest, dass zur Bearbeitung eines solchen inhaltlichen Schwerpunkts eine Ba-

67 So zum Beispiel das Überblickswerk über Französisch-Indochina von Pierre Brocheux und Daniel Hémy. Darin wird die Epoche in einem halben Kapitel behandelt, »The Decline and Fall of the French Empire in the Far East«, in: Brocheux und Hémy 2009, S.336–74. Ebenfalls zu erwähnen ist das sehr ausführliche Überblickswerk über die Organisation des Justizsystems in Französisch-Indochina zwischen 1858 und 1945, darin vor allem das Kapitel »Chapitre 10: La scission du service judiciaire, la diversité des organisations indigènes et les remises en cause par le projet vichyste (1919–1945)«, in: Blazy 2012, S.729–862.

68 So zum Beispiel das Unterkapitel »L'Indochine de Decoux«, in: Dalloz 1987, S. 44–55.

69 Ein außergewöhnliches Beispiel ist Logevall 2012, dessen Narrativ in der Tötung der ersten amerikanischen Soldaten im Jahre 1959 kumuliert; Logevalls Arbeit beschäftigt sich mit dem Ersten Indochinakrieg als der Grundlage des Vietnamkriegs. »Part One: Liberations, 1940–1945«, in Logevall 2012, S. 46–170 rückt dabei Indochina während des Zweiten Weltkriegs in den Mittelpunkt.

70 So zum Beispiel das sehr aktuelle Werk »Histoire globale de la France coloniale« von Bancel et al. 2022. Für ein weiteres Übersichtswerk zum französischen Kolonialreich vgl. auch Bancel et al. 2007. Zum französischen Kolonialreich innerhalb der Strategie des nationalsozialistischen Deutschlands vgl. Metzger 2000.

71 Bezüglich der Staatsbürgerschaft im französischen Kolonialreich nach dem Zweiten Weltkrieg vgl. Cooper 2014. Für eine Untersuchung von Staatsbürgerschaft im Kontext des ideologischen Fundaments des britischen Empire vgl. Gorman 2006. Für eine Untersuchung von Staatsbürgerschaft in einer transnationalen Perspektive vgl. Mann 2017.

72 Für Untersuchungen der historischen Entwicklung der französischen Staatsbürgerschaft vgl. Brubaker 2002; Weil 2002. Zur Frage der Naturalisierung und Denaturalisierung in Vichy-Frankreich vgl. Laguerre 1988; Landau-Brijatoff 2013; Zalc 2016.



sis gelegt werden sollte, die auf digitalen Methoden beruht. Der Ansatz der Globalen Mikrogeschichte sowie die genaue Anwendung der digitalen Methoden werden in einem eigenen Methodenkapitel beschrieben.<sup>73</sup>

Sowohl die Untersuchungsmethode mittels digitaler Ansätze wie auch die Konzentration auf eine territoriale Einheit, wie in diesem Fall auf die Kolonie Französisch-Indochina, sollen eine globale Dimension innerhalb der Mikrogeschichte ermöglichen, auch wenn dies zunächst etwas widersprüchlich erscheint. Das Resultat aus den politischen Verflechtungen zwischen der Kolonialregierung in Hanoi und der Metropole Frankreich war eine umfassende politische, kulturelle und gesellschaftliche Verbindung. Ein vertiefter Blick in diese Thematik zeigt sich insbesondere bei einzelnen Akteuren in Indochina, die innerhalb von transnationalen Netzwerken agierten und sich oft frei innerhalb des globalen französischen Kolonialreichs bewegten. Ihr Verhalten prägte maßgeblich die Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in Indochina. Die Handlungsweisen und Reaktionen der französischen Protagonisten in Indochina waren nicht an das spezifische Territorium dieser Kolonie gebunden, sondern verdeutlichen stellvertretend die Dilemmata vieler französischer Bürger im ganzen französischen Kolonialreich.<sup>74</sup>

Die in dieser Arbeit näher beleuchteten Akteure zeigten vielmehr persönliche Reaktionen auf die Umsetzung einer global orientierten Politik aus Vichy, welche im gesamten französischen Kolonialreich propagiert und durchgesetzt wurde. Daher verfolgt die vorliegende Untersuchung das Ziel, die in der Vichy-Politik enthaltenen Vorstellungen betreffend Staatsbürgerschaft und Loyalität zu Frankreich in einer globalen Dimension zu beschreiben. Die Analyse bezieht ebenfalls die im Frankreich der Nachkriegsperiode durchgeführte gerichtliche Aufarbeitung durch die IV. Französische Republik mit ein, welche in speziell eingerichteten Tribunalen über das Verhalten einzelner französischer Staatsbürger in der Zeit der Decoux-Regierung urteilte.<sup>75</sup> In Frankreich hatte die juristische Aufarbeitung des Vichy-Regimes die Bezeichnung »Épuration légale«. Dazu

73 Siehe das Kapitel »Digital Humanities und Globale Mikrogeschichte«.

74 Zur Forschung zum Thema transnationale Staatsbürgerschaft und zu den Implikationen einer territorialen Gebundenheit der Staatsbürgerschaft in einer sich globalisierenden Welt vgl. Müller 2022; für eine Untersuchung von »Mobile Citizens: French Indians in Indochina, 1858–1954« vgl. Pairaudeau 2016. Für eine Untersuchung des komplexen Status von métis-Kindern (Kinder von französischen und kolonialisierten Eltern) und der Frage der Staatsbürgerschaft im Kontext des französischen Kolonialreichs vgl. Saada 2012.

75 Innerhalb dieser Dissertation wird unter »Nachkriegsaufarbeitung« immer auf die rechtliche Aufarbeitung der Vorgänge während des Zweiten Weltkriegs verwiesen, die in Paris stattfand. In dieser Arbeit umfasst dies den Zeitraum zwischen Mai 1946 und März 1950. Im Mai 1946 wurde der Cour de Justice de l'Indochine etabliert und im März 1950 wieder aufgehoben. Der Begriff »Nachkriegszeit«, aus dem englischen »post-war« entlehnt, wird innerhalb der Forschung keineswegs einheitlich gebraucht. Generell wird darunter die nach dem Krieg anfallende umfassende Aufarbeitung des Zweiten Weltkriegs verstanden, durchaus in einem globalen Verständnis, jedoch häufig mit einem Schwerpunkt auf den kriegsbetroffenen Ländern. In einem der wichtigsten neueren Bücher über die Nachkriegsperiode von Tony Judt umspannt diese Zeit immerhin die gesamte Epoche vom 1945 bis 2005. Der erste Teil von Judts Monografie »Part one Post-War: 1945 – 1953« endet 1953. Vgl. Judt 2005, S. 11–237. Für eine umfangreiche Untersuchung über die Nachkriegszeit mit den Reaktionen auf die unterschiedlichen Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs vgl. Biess und Moeller 2010. Derweil griffen die zwei unterschiedlichen Formen der Aufarbeitungen des Zweiten Weltkriegs in Frankreich, die durch gewaltsame Übergriffe geprägte Épuration sauvage und

existiert ebenfalls eine hochwertige, aber überschaubare Forschung.<sup>76</sup> In diesem Zusammenhang soll aber der transnationale Verschiebungsvorgang von Konzepten im Mittelpunkt stehen, der sich besonders deutlich beim Transfer der weltanschaulichen Vorstellungen des Vichy-Staates nach Indochina zeigte. Dessen Haltungen und Überzeugungen wurden in der kolonialen Gesellschaft neu interpretiert, überarbeitet und den lokalen Gegebenheiten angepasst. Dieser Prozess veränderte die ideologischen Konstrukte Vichys, welche in ihrer spezifisch kolonialen Ausprägung zurück in Paris im Rahmen der juristischen Nachkriegsaufarbeitung beurteilt wurden.<sup>77</sup> Der Cour de Justice de l'Indochine in Paris stellt dabei lediglich den Abschluss dieses Prozesses dar.

Nicht Gegenstand dieser Arbeit ist hingegen das Thema der Denaturalisierung. Dabei handelt es sich um die Aberkennung der Staatsbürgerschaft als eine gravierende Sanktion für die betroffenen Individuen. Auch wenn dieser Aspekt innerhalb der französischen Geschichtswissenschaften in den letzten Jahren stärker in den Mittelpunkt gerückt ist und zweifellos einen bedeutenden Teil der Vichy-Politik in Bezug auf Staatsbürgerschaft ausmacht, ist die thematische Schwerpunktlegung dieser Arbeit anders gelagert, was in der Quellsituation begründet liegt. Die Untersuchung der Einträge innerhalb der Datenbank der Archives Nationales de France zu den *Dénaturalisés de Vichy*, »Dénat« genannt,<sup>78</sup> ergab beim Abgleich mit Einträgen innerhalb der digitalisierten Informationen zu Franzosen in Indochina während des Zweiten Weltkriegs keine Übereinstimmungen.<sup>79</sup> Einzelne Informationen zu den von der Vichy-Regierung vorgenommenen Denaturalisierungen, von denen auch Franzosen in Indochina betroffen waren, existieren jedoch in einem Dossier der Archives Nationales de Pierrefitte-sur-Seine, welches jedoch nicht mehr innerhalb dieser Untersuchung berücksichtigt werden konnte und sich daher als eine Möglichkeit für weiterführende Forschungen anbietet.<sup>80</sup>

## Quellsituation

Diese Arbeit basiert hauptsächlich auf archivierten Quellen, die aus vier verschiedenen Archiven aus drei Ländern stammten. Diese waren die US National Archives and Records Administration College Park, die Archives Nationales de Pierrefitte-sur-Seine und

---

die juristische *Épuration légale*, wiederum in weitere Aspekte der Nachkriegsperiode hinein. Vgl. Bourdrel 1988; Kritz 1995.

76 Zur *Épuration légale* in Frankreich selbst vgl. Aron 1967; Novick 1968; Baruch 2003; Rouquet 2018. Für eine kurze Einführung in die *épuration légale* im französischen Kolonialreich vgl. Hitchcock 2001; Maudhuy 2009; Verney 2012, S. 449–59.

77 Zu solchen transnationalen Verschiebungsprozessen vgl. Zwingel 2012.

78 Für eine Einführung in die Datenbank, welche die Akten zu den durch Vichy denaturalisierten Personen umfasste, vgl. Blévis 2019.

79 Dennoch existiert im Moment ein steigendes Forschungsinteresse an der Politik der Denaturalisierungen durch Vichy-Frankreich im Kontext des Kolonialreichs. So wurde dazu der Workshop »Séminaire Citoyennetés et Nationalités Impériales et Post-Impériales: Les Énaturalisations [sic] de Vichy Dans l'Empire Colonial: Enjeux et Difficultés« organisiert. Vgl. AFID 2022. Zudem wurde das Thema auch teilweise in Eric Jennings Studie über die Verbreitung der *Révolution nationale* in einer Reihe französischer Kolonien behandelt. Vgl. Jennings 2001, S. 62f. und S. 179.

80 Vgl. AN, Fichier des déchéances de la nationalité française entre 1940 et 1944, Signatur: BB/27/1421.

die Archives Nationales d'Outre Mer Aix-en-Provence, beide in Frankreich, sowie das Schweizerische Bundesarchiv in Bern. Einer der Ansprüche der vorliegenden Untersuchung war zudem, eine umfangreiche Digitalisierung der Quellenmaterialien vorzunehmen, um einerseits die Grundlagen der hier vorliegenden empirischen Studie öffentlich zugänglich zu machen, und andererseits, um eine Methode zur Langzeitspeicherung von Digitalisaten mitzuentwickeln. Damit soll auch ein Beitrag zur wissenschaftlichen Debatte über den Einsatz und die Herausforderungen digitaler Forschungsinfrastrukturen in den Geisteswissenschaften geleistet werden. Zahlreiche der konsultierten Quellen wurden entsprechend in einem digitalen Archiv abgelegt und zusammen mit den darauf basierenden Transkriptionen und Analysen öffentlich zur Verfügung gestellt. Dieses aus der vorliegenden Arbeit entstandene digitale Archiv wird im nächsten Kapitel ausführlich behandelt.<sup>81</sup>

Aus den US National Archives wurde das Digitalisat eines Archivordners erstellt. Dieser umfasst die Namen von ungefähr 5000 Personen, welche nach dem japanischen Coup d'État von März 1945 bis September 1945 in Indochina interniert waren.<sup>82</sup> Die Quellen aus dem Bundesarchiv Bern, welche in dieser Arbeit miteinbezogen wurden, befassen sich mit der diplomatischen Vertretung, welche die Schweiz in Französisch-Indochina für die Vereinigten Staaten und für Großbritannien übernahmen.<sup>83</sup> Die entsprechenden Dokumentationen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs wurden fast ausschließlich von den beiden Konsuln Hans Hirsbrunner<sup>84</sup> in Saigon und Walter Siegenthaler<sup>85</sup> in Bangkok erstellt. Die Unterlagen geben Aufschluss über die Aktivitäten und diplomatischen Bemühungen der Schweizer Regierung als ein neutraler Akteur in Indochina, welcher die Interessen von Staatsbürgern alliierter Staaten, nach dem Angriff auf Pearl Harbour durch das Japanische Kaiserreich zu »feindlichen Ausländern« erklärt,<sup>86</sup> vertrat. Die aus-

81 Siehe das Kapitel »Digital Humanities und Globale Mikrogeschichte«.

82 Vgl. War Department. U.S. Army Forces, China Theater. Services of Supply, China Theater. Office of the Assistant Chief of Staff G-5: Container 48 – 49: French, Sept 1945 THRU French, 1945, NARA, Record Group 493: Records of U.S. Army Forces in the China-Burma-India Theaters of Operations, Signatur: UD-UP 364.

83 Die Dokumentationen der diplomatischen Vertretung der Interessen der USA und Großbritanniens durch die Schweiz in Französisch-Indochina wurden im Schweizerischen Bundesarchiv archiviert. Vgl. BAR, GBR, Grande Bretagne en Indochine; BAR, USA, USA en Indochine.

84 Für biografische Informationen zu Hans Hirsbrunner vgl. <<https://dodis.ch/P1962>>, Stand: 19.10.2022.

85 Für biografische Informationen zu Walter Siegenthaler vgl. <<https://dodis.ch/P1961>>, Stand: 19.10.2022.

86 Der aus dem Englischen stammende Begriff (im Original: »enemy alien«) wird innerhalb dieser Arbeit für Staatsbürger alliierter Staaten verwendet, welche in Französisch-Indochina aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft Sanktionen ausgesetzt waren. Die Ursprünge der juristischen Definition von »enemy aliens« werden oft auf den Alien and Sedition Act der Vereinigten Staaten von Amerika aus dem Jahr 1798 zurückgeführt, der eine Reaktion auf die Französische Revolution darstellte, vgl. hierzu auch Cole 2002, S. 287. Für einen Überblick zur Entwicklung des Begriffs des »enemy alien« zwischen der Französischen Revolution und dem Ersten Weltkrieg vgl. Caglioti 2021. Relevant für diese Untersuchung ist allerdings die nie implementierte Konvention »Draft International Convention on the Condition and Protection of Civilians of Enemy Nationality who are on Territory Belonging to or Occupied by a Belligerent, Tokyo, 1934«. Diese sah den Schutz von Zivilisten vor, besonders in Bezug auf Internierungen. Für Zivilisten gab es in der Folge während des Zweiten

fürhlichsten Recherchearbeiten wurden aber in französischen Archiven durchgeführt. Es wurden vor allem die Bestände des Haut-Commissariat de France pour l'Indochine (HCI) in Aix-en-Provence berücksichtigt. Dabei handelte es sich um die durch die Provisorische Regierung der Französischen Republik (»Gouvernement provisoire de la République française«, kurz: GPRF) direkt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs am 17. August 1945 eingerichtete neue Kolonialregierung für Indochina. Da innerhalb der archivierten Sammlungen des HCI aber einerseits Dokumente aus der Phase des Zweiten Weltkriegs und andererseits potenziell belastendes Material aus der Zeit der Decoux-Regierung für die Commissions d'Épuration aufzufinden sind, sind etliche der Dokumente für diese Arbeit sehr relevant.<sup>87</sup> Die Commissions d'Épuration hatten zur Aufgabe, die Arbeit der Decoux-Regierung während des Zweiten Weltkriegs aufzuarbeiten und insbesondere deren Verhältnis zur japanischen Besatzungsmacht zu beleuchten. Dadurch finden sich in diesen archivierten Beständen einerseits umfangreiche Dokumentensammlungen zum Thema Indochina, die während des Krieges erstellt wurden, andererseits wurden diese Materialien auch spezifisch aus dem Grunde archiviert, um einer potenziellen juristischen Untersuchung gegen die darin erwähnten Institutionen oder Akteure den Weg zu ebnen.

Ähnlich war auch das Vorgehen der französischen Nachkriegsregierungen GPRF (1944 bis 1946) und der IV. Französischen Republik (1946 bis 1958) im Fall des in den Archives Nationales de Pierrefitte-sur-Seine vorhandenen Quellenkorpus zum Cour de Justice de l'Indochine.<sup>88</sup> Die Mehrheit der in Paris konsultierten Dokumente wurde ursprünglich von den französischen Justizbehörden gesammelt, um die gerichtliche Aufarbeitung durch den Cour de Justice de l'Indochine zu ermöglichen. Die Quellensammlungen umfassen mehrheitlich Zeugenbefragungen sowie Dokumente wie politische Entscheide, Verlautbarungen, Korrespondenzen, Propagandamaterialien und weitere Unterlagen aus der Epoche der Decoux-Regierung. Da dies die Gerichtsfälle sind, welche – wie bereits erwähnt – den Startpunkt dieser historischen Untersuchung darstellen, sind sie von größter Bedeutung für die gesamte Arbeit. Die Verfahren betreffend die Beamten, welche sich vor dem Cour de Justice de l'Indochine im Frankreich der Nachkriegszeit zu verantworten hatten, und die dafür gesammelten Dokumentationen über Indochina während des Zweiten Weltkriegs bilden daher die Grundstruktur und den roten Faden, an welchem sich die weiteren Analysen mit zusätzlichen Quellen aus anderen Ordnern

---

Weltkriegs kein bindendes internationales Recht, vgl. hierzu Yap 2016, S. 418f. Eine effektive Implementierung des Schutzes von Zivilisten im Krieg erfolgte 1949 mit der »Geneva Convention (IV) relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War«, vgl. Greenspan 1959, S. 154f. Die in der Literatur häufig verwendete Definition eines »feindlichen Ausländers« ist nur begrenzt auf die Situation in Französisch-Indochina anwendbar. Die französische Kolonialregierung in Hanoi und die Regierung in Vichy sahen sich als neutrale Akteure und waren der Unterdrückung von Staatsbürgern alliierter Nationen gegenüber ablehnend eingestellt. Dass dennoch Repressionen durchgeführt wurden, war auf den Druck durch die japanische Präsenz zurückzuführen. Siehe auch Kapitel 2.4 und Kapitel 3.2.

87 Vgl. Coquelin und Vella 2015. Für die Quellensammlung vgl. ANOM, Indochine. Cabinet (1909–1963), 1 HCI.

88 Vgl. AN, Cour de justice de l'Indochine (1946–1950), Signatur: Z/7/1–Z/7/77.

und Archiven orientierten. Leider konnte im Zusammenhang mit diesem Forschungsprojekt eine Berücksichtigung der gegebenenfalls vorhandenen archivierten Unterlagen in Archiven in Vietnam nicht vorgenommen werden. Diesbezüglich eröffnen sich zusätzliche Möglichkeiten für weiterführende Forschungen und Untersuchungen zum Thema.

## Kapitelübersicht

Diese Arbeit untersucht die Neuaushandlung der Staatsbürgerschaft in Indochina durch die Decoux-Regierung während des Zweiten Weltkriegs und die Beurteilung dieses Prozesses im Paris der Nachkriegszeit. In einem ersten Kapitel soll die dafür angewandte Methode, eine Kombination von Ansätzen der Digital Humanities und der Globalen Mikrogeschichte, genauer erläutert werden. Die historische Untersuchung selbst wird anschließend in zwei Teilen durchgeführt. Der erste Teil ist in der zeitlichen Periode des Zweiten Weltkriegs angesiedelt und untersucht in den ersten drei Kapiteln die Definition von Staatsbürgerschaft, Loyalität und Nationalität durch die Decoux-Regierung sowie die Einstellungen und Verhaltensweisen der mit ihr verbundenen agierenden Akteure. Dabei sollen insbesondere die Schwierigkeiten der durch die Vichy-Regierung definierten Vorstellungen von Staatsbürgerschaft, die innerhalb des kolonialen Kontexts von der Regierung Indochinas angewandt und mitunter auch gemäß ihren eigenen Prioritäten angepasst und abgewandelt wurden, im Fokus stehen. Der zweite Teil der Arbeit besteht aus dem vierten und letzten Kapitel und widmet sich der Nachkriegszeit (hier: 1946 bis 1950). Darin wird die juristische Nachkriegsaufarbeitung der in den ersten drei Kapiteln ausgearbeiteten Konstituierungen der Staatsbürgerschaft während der Zeit der Decoux-Regierung untersucht und die Be- und Verurteilung ihrer Politik durch die IV. Französische Republik im Zentrum stehen. Mit diesem Schritt wird die Untersuchung abgeschlossen, welche sich auf den Transfer der aus Vichy stammenden Konzepte über die Kolonie zurück nach Paris konzentriert.

Im Methodenkapitel soll der für die Arbeit relevante Forschungsstand der Digital Humanities und der Globalen Mikrogeschichte präsentiert sowie die angewandten Methoden zuerst theoretisch und anschließend anhand eines Beispiels in ihrer konkreten Anwendung vorgestellt werden. Damit unterstreicht die Arbeit auch das Ziel, einen Beitrag zur Frage nach der Anwendung von Digital Humanities in den Geschichtswissenschaften zu leisten.

Im ersten Kapitel wird die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Konsolidierung von Französisch-Indochina als wichtigste Kolonie der Vichy-Regierung in Ostasien und Ozeanien genauer betrachtet. Ein besonderer Fokus soll hierbei auf die Auseinandersetzungen der Decoux-Regierung mit den französischen Kolonien in der geografischen Nachbarschaft Indochinas, namentlich mit Neukaledonien und Französisch-Indien, gelegt werden, in welchen sich die Kolonialregierungen bereits 1940 *France libre* angeschlossen hatten. Aufgrund der Quellenlage werden Tahiti und das Kondominium Neue Hebriden nur am Rande behandelt. Darüber hinaus werden auch die französischen Gemeinschaften in den britischen Kolonien in Singapur und Hongkong untersucht so-

wie diejenigen innerhalb der französischen Konzession in Shanghai.<sup>89</sup> Dabei werden vor allem diejenigen französischen Bürger im Zentrum stehen, welche sich in diesem größeren territorialen Raum bewegten und auf verschiedenste Weise in den Machtkampf zwischen Vichy-Frankreich und France libre eingriffen. Der Decoux-Regierung in Hanoi fehlte hier oft das Instrumentarium, um mit diesen verschiedenartigen Herausforderungen des eigenen Systems umzugehen. Dieses erste Kapitel deckt die Kriegsjahre von 1940 bis 1943 ab.

Im zweiten Kapitel stehen die Praktiken und Herangehensweisen im Fokus, welche sowohl die Decoux-Regierung wie auch private Akteure anwandten, um die französische Gesellschaft in Französisch-Indochina nach dem Vorbild der *Révolution nationale* zu formen und die Bürger der Kolonie mittels der spezifischen Abwandlungen dieser politischen Ideologie zu beeinflussen. Im ersten Teil dieses Kapitels werden die Propagandabemühungen der Regierung im breitesten Sinne untersucht. Im zweiten Teil stehen vor allem die Sanktionierungen der Decoux-Regierung gegen Opponenten im Vordergrund. Hierzu werden die Maßnahmen aufgezeigt, welche diejenigen Individuen trafen, die gegen die von der Regierung propagierten Vorstellungen verstießen; in diesem Kontext werden insbesondere die durchgeführten Internierungen näher beleuchtet. Hierzu folgt ein Exkurs über das Schicksal der Staatsbürger Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, welche sich während des Krieges in Indochina befanden. Sie wurden mit dem Ausbruch des Krieges im Pazifik durch das Japanische Kaiserreich zu feindlichen Ausländern. In der Folge übte die Regierung in Tokio Druck auf die Decoux-Regierung aus, um gegen diese Gruppe entsprechend vorzugehen. Die aufgezeigten Behandlungen nehmen inhaltlich vorweg, was den französischen Bürgern in Indochina selbst widerfuhr, als sie nach dem 9. März 1945 plötzlich als Feinde des neuen japanischen Regimes galten.

Im dritten Kapitel wird der komplexe (und zum Teil auch widersprüchliche) Umgang der Decoux-Regierung mit der Kooperation zwischen französischen Bürgern und der japanischen Präsenz analysiert. Zunächst wird in einem ersten Teil des Kapitels die Dimension der wirtschaftlichen und politischen Kooperation zwischen der Decoux-Regierung mit einzelnen französischen Bürgern auf der einen sowie mit japanischen Partnern auf der anderen Seite untersucht. Diese Kooperationsaktivitäten waren geprägt von Abhängigkeiten und Feindseligkeiten. Der zweite Teil des Kapitels fokussiert auf den japanischen Coup d'État vom 9. März 1945. Hierbei sollen dessen Konsequenzen für die französischen Bürger, welche innerhalb der kolonialen Hierarchie plötzlich von der höchsten auf die tiefste Stufe fielen, untersucht werden. Zudem sollen besonders auch die Rollen, welche einzelne französische Bürger innerhalb des durch das Japanische Kaiserreich nun installierten politischen Systems spielten, genauer betrachtet werden.

Im vierten Kapitel wird schließlich die gerichtliche Aufarbeitung der politischen Phase der Decoux-Regierung mit ihren Haltungen und Handlungen thematisiert und diskutiert. In dieser Nachkriegsbeurteilung der Jahre 1946 bis 1950 wurde durch die siegreiche GPRF, die 1946 zur IV. Französischen Republik wurde, ebenfalls ausgehandelt

---

89 Die einzelnen im ersten Kapitel behandelten Territorien sind: Französisch-Indien, Hongkong, französische Konzession Shanghai, Singapur, Neukaledonien, Kondominium Neue Hebriden, Tahiti.

und auf Indochina übertragen, was es bedeutet, ein Franzose zu sein. In diesen Nachkriegsgerichtsfällen wurden diejenigen Personen, welche während des Krieges gegen diese nun neu ausformulierten Vorstellungen verstoßen hatten, abgestraft – mit sehr unterschiedlichen Beurteilungen und Begründungen. Wer jedoch den nun definierten Vorstellungen entsprochen hatte, wurde als Belohnung für sein politisches Handeln unter anderem mit der Aufnahme in die *Légion d'Honneur* ausgezeichnet. Damit soll der gesamte Prozess, welcher die Adaptionen der ideologischen Konzepte von Vichy durch die Kolonialregierung in Französisch-Indochina, deren praktische Umsetzungen in der Gesellschaft Indochinas und die Beurteilung dieser Entwicklung in der Nachkriegszeit in Paris umfasst, innerhalb dieser Dissertation untersucht werden. Dabei gilt das Hauptaugenmerk immer den einzelnen, in diesen Prozess involvierten Akteuren.

Eine letzte Bemerkung zur Verwendung von französischen Begriffen innerhalb dieser Arbeit. Es wird jeweils versucht, eine deutsche Übersetzung der französischen Begriffe zu verwenden, dies immer dort, wo eine Übersetzung nicht mit dem Verlust von Informationen einhergeht. Teilweise wird eine solche Übersetzung auch kurz eingeführt. Wann immer dies nicht möglich ist oder es sich um oft verwendete französische Begriffe für Institutionen, Gruppierungen oder Konzepte handelt, wird der französische Begriff verwendet. Ebenso wird innerhalb dieser Arbeit für die Ortsbezeichnungen jeweils die lateinische Schreibweise verwendet.